

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 11

Ercheißt Sonntags.
Bezugspreis monatlich 20 Pf. Nur Postbezug.
Vestellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 16. März 1924

Geschäftsstelle: Berlin C 2, Brühlstr. 89 IV.
Telefon: Merkur 4529.
Anzeigen werden nicht a lge ommen.

40. Jahrgang

Beschlüsse des Verbandsbeirats zur Neuregelung der Beiträge und der Unterstützungen.

1. Beiträge.

Der w ö h e n t l i c h e B e i t r a g b e t r ä g t p o m 30. M ä r z — 14. B e i t r a g s w o c h e — a b :
in Beitragsklasse I II III IV V VI
Beitrag 15 Pf. 25 Pf. 30 Pf. 40 Pf. 50 Pf. 65 Pf

Von diesen Beitragsätzen gelten 20 Proz. als Beitragsanteil für die Invalidenunterstützung.
Beitrag in der Lehrlingsklasse 5 Pf. pro Woche.

Doppelt organisierte Mitglieder zahlen 30 Pf. pro Woche. (Beitragsklasse I = 15 Pf. und 15 Pf. Invalidenbeitrag.)

Zu diesen Beitragsätzen kommt in allen Klassen noch der am Ort jeweils übliche Lokalzuschlag.

2. Unterstützungen.

a) Die Arbeitslosenunterstützung kommt vom 1. Juli d. J. ab wieder zur Einführung. Die dann zur Auszahlung kommenden Tagesätze werden später bekanntgegeben. (Die vom Beirat vorläufig festgelegten Unterstützungsätze sollen bei günstiger Gestaltung der Klassenverhältnisse noch eine Erhöhung erfahren.)

b) Die Streit- und Gemahregelten-Unterstützung beträgt in der Regel, je nach der Beitragsklasse und Beitragsleistung

nach 26 Beiträgen täglich das 2 fache des Wochenbeitrages	52	156	260	520
"	"	"	"	"
"	"	"	"	"
"	"	"	"	"
"	"	"	"	"

je für 6 Tage in der Woche.

Außerdem kann für jedes Kind unter 14 Jahren, dessen Ernährer der Streitende ist, ein Zuschlag in Höhe eines halben Wochenbeitrages pro Tag gezahlt werden.

c) Umzugsunterstützung (für die IV., V. und VI. Beitragsklasse) nach 104 Beiträgen das 30fache eines Wochenbeitrages, steigend nach je weiteren 52 Beiträgen um das 10fache eines Wochenbeitrages.

d) Hinterbliebenenunterstützung (für die IV., V. und VI. Beitragsklasse):

nach 260 Beiträgen das 15fache eines Wochenbeitrages für 6 Wochen	520	780	10.0*	1300*
"	"	"	"	"
"	"	"	"	"
"	"	"	"	"
"	"	"	"	"

* nur für Klasse VI.

e) Invalidenunterstützung

pro Monat in der ersten Stufe das 100fache	"	"	"
"	"	"	"
"	"	"	"
"	"	"	"

der festgesetzten Beitragsquote. (Quote = 20 Proz. des Beitrages).

Die unter b, c, d und e aufgeführten, gegen bisher wesentlich erhöhten Unterstützungsätze gelten bereits vom 1. April ab.

Gewerkschaften und Sozialpolitik.

II.

Gleichzeitig mit der Verlängerung der Arbeitszeit versuchen die Unternehmer den Abbau der Löhne durchzusetzen. Ihr Schluß geht dahin: Da wir ein geschlagenes Volk sind, muß unsere Lebenshaltung unter dem Friedensstand, und daher auch der Lohn unter dem Friedensreallohn sein. Sie machen es sich nicht schwer. Denn selbstverständlich wäre bei der heutigen Lebenshaltung der jetzige Lohn auch dann unter dem Friedensreallohn, wenn er diesem gleich wäre. Nein, es handelt sich nicht um solche im nationalen Interesse zu tragenden Entbehrungen, bei denen im übrigen das gute Beispiel der Industrie nicht ohne Nutzen sein würde. Es handelt sich um die älteste Sorte kurzfristiger Lohnpolitik: Verbilligung der Produktion

auf Kosten der Arbeiter. Man erinnere sich der Äußerungen des Amerikaners Ford über dieses Thema, die kürzlich durch die Presse gingen. Monatslang, und gerade in den furchtbarsten Monaten des Marktsturzes, ist tagaus, togein das Argument wiederholt worden, daß an Abbau der Preise nicht gedacht werden könne, ohne daß zunächst die Löhne abgebaut würden. Löhne, über deren Unzulänglichkeit unter unbefangenen Sachverständigen kein Streit der Meinungen bestand. Zeigt sich nicht in dieser Anschauung die verderbliche Wirkung der letzten Jahre auf die gesunde Initiative der deutschen Unternehmer, von denen nur viele durch die Inflation sich daran gewöhnt haben, Spekulieren und Produzieren zu verwechseln?

Die Unternehmer klagen über die Arbeitslosigkeit der Arbeiter, über den Rückgang der Arbeitsleistung.

Aber sie bedenken nicht, wieviel sie selbst durch ihren rücksichtslosen geschäftlichen Egoismus, den sie gleicherweise gegenüber dem Staat wie gegenüber der Arbeiterschaft betätigt haben, dazu beitragen, diesen Rückgang der Erzeugung hervorzurufen. Es wäre einmüßiges dazu zu sagen, ob nicht auch die Reparationspolitik der deutschen Industrie auf solcher Sparamkeit, auf kurzfristigen, geschäftlichen Erwägungen beruhte, und darum letzten Endes ein schlechtes Geschäft war. Sicher ist, daß ihre Lohnpolitik sich nicht rentiert hat und nicht rentieren wird. Die menschlichen Gedanken des großen und erfolgreichen Geschäftsmannes Ford sind ein besseres und gefünderes Rezept zur Steigerung der Produktion, als der von der deutschen Industrie durchgeführte Plan, in einer Periode wachsender Arbeitslosigkeit die Arbeitszeit zu verlängern, und die gleichzeitige Spekulation auf die riesige Armee der Arbeitslosen, die sich trefflich dazu verwenden lassen, die Löhne zu drücken. Aber die Voraussetzung zu einer so produktiven und weitsichtigen Auffassung von den besten Mitteln, die Erzeugung zu mehren, ist, daß unsere Industriellen lernen, die Arbeitszeit nicht nur wie andere mechanische Produktionsmittel als einen Teil der Produktionskosten zu werten, sondern sie als den Anteil anzusehen, mit dem der Arbeiter an dem Unternehmen beteiligt ist. Die Achtung vor dem arbeitenden Menschen — sie fehlt in unserer Wirtschaft, sonst wäre vieles nicht möglich, was sich jetzt als „Lohnpolitik“ drapiert. Man sollte denken, daß sie auch innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft möglich sein müßte, wenn die Kapitäne der Industrie nicht nur an die Interessen ihres Konzerns dächten, sondern die Interessen der gesamten Wirtschaft und die Wohlfahrt aller Schichten des Volkes im Auge hätten. Denn nicht nur die Sozialisten, nicht nur die Vorkämpfer der Arbeiterbewegung betonen, daß Wirtschaft nicht allein um des Verdienstes willen betrieben wird (obwohl kein Sozialist leugnet, daß ein Unternehmen sich rentieren muß, auch ein sozialistisches Unternehmen), sondern daß sie auch soziale Zwecke zu erfüllen bestimmt ist. (Schluß folgt.)

Entscheidungen zu unseren Reichstatarifverträgen.

Zum Reichsaffordlohnlarif.

Seit Umstellung der Papiermarktlöhne auf Goldlöhne ist in denjenigen Betrieben, in denen auf Grund des mit dem VDB. vereinbarten Affordtarifes gearbeitet wird, tiefgehende Unzufriedenheit unter der Arbeiterschaft entstanden. Die Verdienste sind auf ein Maß herabgesunken, daß es für die Betroffenen nahezu unerträglich geworden ist. Seine Ursache hat dies darin, daß bei der seinerzeit aufgenommenen Statistik über die Verdienstmöglichkeiten der einzelnen Kategorien die wirklichen Verhältnisse zweifelsohne nicht richtig erfaßt worden sind. Die Zahl der von der Statistik erfaßten Personen war zu klein gewesen. Man hat, wie sich heute als ein großer Nachteil herausstellt, zu viel derjenigen Arbeitnehmer ausgeschaltet, von denen die Arbeitgeber behaupteten, sie seien noch nicht hinreichend genug eingearbeitet. Das ist die Ursache dafür, daß dann im Dezember 1922 eine Vereinbarung getroffen wurde, in der es heißt, der tarifliche Grundlohn wird mit 240 Mark bei 48stündiger Arbeitszeit als endgültig ermittelt angesehen. Diese Zahl von 240 Mark Grundlohn entspricht nicht den wirklichen Verhältnissen, und da hieraus der Divisor abgeteilt wird,

muß derselbe zu hoch sein. Der Divisor mühte wesentlich kleiner sein, was aber nur dann der Fall sein könnte, wenn der angemessene Grundlohn niedriger wäre.

Berechnungen zwischen dem Grundlohn der Vorkriegszeit und dem jetzigen zeigen mit aller Deutlichkeit, daß die Grundlohnlage der Jetztzeit unzureichend geworden sind, und aus diesem Grunde sind in den letzten Monaten immer und immer wieder Versuche gemacht worden, die Arbeitgeber zu veranlassen, in eine Aenderung des Divisors einzuwilligen.

Verhandlungen mit den Arbeitgebern, die am 4. März in Leipzig geführt wurden, haben zunächst für einzelne Sparten eine geringe Aufbesserung gebracht. Es wurde nachstehendes Abkommen getroffen:

Zwischen

dem Verband Deutscher Buchbindervereine einerseits und dem Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter andererseits und dem Graphischen Zentralverband und dem Graphischen Zentralverband wird ein Abkommen getroffen dahingehend, daß auf die nachfolgenden Abteilungen des jetzt gültigen Affordtarifes von 1922 (mit Nachtrag) folgende Zuschläge zu stellen sind:

Fertigmachen	ab Format 12	10 Pro.
Pappschneiden		15 "
Rundmachen		10 "
Streifen		10 "
Tedenmachen		5 "
Vorarbeiten (ab Format 13-24)		10 "

Die Abmachung tritt sofort, also schon für die vom 28. Februar bis 5. März 1924 laufende Lohnwoche in Kraft. Von Seiten des Verbandes Deutscher Buchbindervereine wird erwartet, daß bei späteren Verhandlungen von Seiten der Gewerkschaft Entgegenkommen gezeigt wird dahingehend, daß leichtere Arbeit, welche bisher von Männern verrichtet wurde, auch für Mädchen freigegeben wird.

Weitere Beratungen über die Ausgestaltung des Affordtarifes sollen auf Antrag der Vertreter der Teilnehmer, und zwar nach Vorliegen des Ergebnisses der statistischen Erhebungen der Verdienste für die Zeit vom 13. März bis 9. April 1924 stattfinden.

Es wird nunmehr eine neue Statistik in die Wege geleitet werden müssen. Hoffen wir, daß es diesmal gelingt, eine größere Klarheit und Uebersichtlichkeit über die tatsächlichen Durchschnittsverdienste zu ermitteln. Anschließend hieran werden dann neue Verhandlungen geführt werden müssen, mit dem Ziel, die Affordtarife so festzusetzen, daß zwischen Affordverdienst und Zeitlohn ein erträglicheres Verhältnis als wie bisher geschaffen wird.

Leis-Industrie.

Der unter dem 29. Februar gefällte Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums ist von uns angenommen worden, nachdem sich die Mehrheit der dafür in Betracht kommenden Zahlstellen und Tarifausgleichsmittel für Annahme desselben ausgesprochen hat. Seitens der Arbeitgeber ist der Schiedspruch gleichfalls zur Annahme gelangt.

Verhandlungen mit dem Deutschen Buchdruckerclub, die am 6. März stattgefunden haben, brachten ein abschließendes Resultat wieder nicht. Ueber die Bestimmungen des Mantelvertrages war eine Einigung in allen Fällen erzielt worden. In der Lohnfrage jedoch glaubten die Arbeitgeber dem von uns gestellten Verlangen in bezug auf die prozentuale Staffelung der Arbeiterinnenlöhne gleich dem „Apt“-Vertrag nicht entsprechen zu können. Obwohl sie von ihrem anfänglichen Standpunkt etwas abgegangen sind, haben sie aber immer noch gefordert, daß der Lohn der geübten Arbeiterin über 15 Jahre unter 6 erst dann in Kraft treten solle, wenn die betreffende Arbeiterin über 21 Jahre alt wäre. Sie begründen dieses ihr Verlangen damit, daß für die Hilfsarbeiterinnen und Anlegerinnen die gleiche Bestimmung maßgebend sei und folgedem für sie unmöglich wäre, für die verhältnismäßig kleine Zahl von Buchbinderarbeiterinnen einen höheren Lohn zur Auszahlung zu bringen als wie für das weibliche Hilfspersonal. Da unsere Unterhändler auf dieses Angebot der Prinzipale glauben nicht eingehen zu können, wurden die Verhandlungen abgebrochen und soll in etwa 10 Tagen weiter darüber beraten werden.

Die 8. Tagung unseres Verbandsbeirates, die am 8. und 9. März stattfand, war besonders bedeutungsvoll, weil sie erst nach einem besonders langen Zwischenraum von 1 1/2 Jahren wieder stattfinden konnte, in die Zwischenzeit aber die ungeheure Finanzkatastrophe mit ihrer ganzen Auswirkung und Tragik fiel und der Verbandsvorstand in dieser schweren Zeit wider Willen und schweren Herzens ohne die Hinzuziehung des Beirates oft tief einschneidende Aenderungen im Verbandsleben vornehmen mußte und Beschlüsse und Entscheidungen getroffen hatte, die kein Vorstandes- und Verbandsmitglied noch vor einem Jahre für möglich gehalten hätte. Man durfte daher auf die Stellungnahme des Beirates besonders gespannt sein. Verlauf und Ergebnis der Tagung haben aber gezeigt, daß der Beirat auch diesmal wieder auf der Höhe stand, seiner verantwortungsvollen Aufgabe sich gewachsen und volles Verständnis für die Zwangslage und die Maßnahmen des Vorstandes zeigte und dieselben gut hieß. Daß dies selbst bei Punkt 4 der Tagesordnung der Fall war, beweist, daß die hin und wieder aus Mitgliederkreisen sich zeigenden Widerstände gegen die diesbezüglichen Maßnahmen des Vorstandes nur auf ungenügende Aufklärung über die tatsächlichen Vorgänge zurückzuführen sind.

Um 10 Uhr eröffnete Kollege Har der die Tagung mit einer Begrüßung der Erschienenen. Außer den vollzählig anwesenden Beiratsmitgliedern sind noch die Vertreter der drei graphischen Bruderorganisationen erschienen. Auf der Tagesordnung stand:

1. Situationsbericht.
2. Arbeitszeit und Lohnfragen.
3. Beiträge und Unterstüßungen.
4. Die Opposition im Verbands.
5. Die „Buchbinder-Zeitung“.

In seinem einstündigen Referat zum ersten Punkt der Tagesordnung zeichnete Kollege Hau eisen einseitig in großen Zügen die schwere Situation, in der wir uns im letzten Jahre befunden haben. Selbst der größte Optimist sei durch diese in seinen schwärzesten Anschauungen weit übertroffen worden. Er schildert weiter die schwierige Lage, in die die Gewerkschaften im allgemeinen und unser Verband im besonderen durch die Inflationsperiode gedrängt wurden und die gesamte Arbeiterchaft in grenzenloses Elend verfiel. Rund drei Viertel unserer Mitglieder waren in dieser Zeit von völliger oder teilweiser Arbeitslosigkeit betroffen; und das Schlimmste war, daß durch die Inflation unser Verbandsvermögen zerfallen und wir außerstande waren, die übergroße Not durch Zahlung von Unterstüßungen zu lindern. Natürlich mußte auch unser Verwaltungsapparat erheblich eingeschränkt und etwa ein Drittel unserer Angestellten entlassen werden. In dieser Zeit der schwersten Not war es die ausländische Bruderhilfe, die uns vor dem völligen Zusammenbruch rettete. Hau eisen gedachte dieser in warmen Worten, ihr gleichzeitig auch den herzlichsten Dank für ihre Solidarität aussprechend. Er übt weiter scharfe Kritik an den sozialpolitischen und wirtschaftlichen Rückschritten der letzten Monate und ermahnt eindringlich, diesen Gefahren gegenüber mehr denn je die notwendige Geschlossenheit der Arbeiterchaft hochzuhalten, um noch weitere Niederlagen abzuwenden. Erreichterweise werde die finanzielle Lage des Verbandes von Woche zu Woche eine bessere, so daß wir hoffen können, die verlorenen Positionen bald wieder erlangen zu können. Auch an den Wiederaufbau und Ausbau der Unterstüßungseinrichtungen können wir jetzt, wenn auch vorsichtig, herangehen, so daß wir, wenn auch nicht allzu rosen, so doch hoffnungsvoll in die Zukunft sehen können.

Anschließend an das Referat macht Har der noch einige Ausführungen über die Funktionär-Unterstützungskasse, über Angestelltenfragen u. a.

Ein der dann eintretenden Diskussion beteiligten sich 10 Redner, die im großen und ganzen den Ausführungen Hau eisen zustimmen und der schwierigen Situation, in der sich der Vorstand besonders im letzten halben Jahr befand, volle Gerechtigkeit widerfahren lassen und mit seinen Maßnahmen im allgemeinen sich einverstanden erklärten. Von einzelnen Rednern wurde allerdings auch bedauert, daß der Beirat über Gebühre ausgehakt worden wäre. Darüber hinausgehend wurde jedoch — besonders von Imhof-Berlin — das Verhalten des ADBB. einer eingehenden Kritik unterzogen und der Wunsch ausgesprochen, daß derselbe wenigstens aus der vergangenen Situation gelernt habe und sich in Zukunft etwas aktiver zeigen möge.

In bezug auf die Funktionärkassen und die anderen angeregten Fragen stimmen die Redner den Vor-

schlägen des Verbandsvorstandes und des Ausschusses zu.

In seinem Schlußwort unterstreicht Hau eisen den in der Debatte zum Ausdruck gebrachten Wunsch, die Illusion von der Richtigkeit der Arbeitergemeinschaften endlich zu Grabe zu tragen. Bezüglich der Angriffe gegen den ADBB. verweist er darauf, daß diese in allen wichtigen Fragen, so in bezug auf die Währung, Ernährung, Arbeitszeit, Entlohnung usw., verfehlt habe, heftig einzugreifen und entsprechende Forderungen gestellt habe. Den Mißerfolg dürfe man nicht ohne weiteres dem ADBB. zuschieben. Wären die politischen Arbeiterparteien in den letzten Jahren ein geschlossenes Ganzes wie die Gewerkschaften gewesen, dann würden die Erfolge des ADBB. auch bessere gewesen sein. Gewisse Parteigänger suchen jedoch gegenteilig und wider besseres Wissen für alles den ADBB. verantwortlich zu machen, um die eigene Unfähigkeit und Schuld ihrer Partei damit zu verdecken.

In der Nachmittags Sitzung hielt dann Kollege Wienick zum zweiten Tagesordnungspunkt das einleitende Referat. Er gibt zunächst einen Rückblick über die Entwicklung der Arbeitszeitverordnung und geht in scharfen Worten die jetzigen unklaren, verwirrend anrichtenden und arbeiterfeindlichen Bestimmungen derselben an. Er läßt die Frage offen, ob der so oft geforderte allgemeine Widerstand der gesamten Arbeiterchaft gegen die Durchbrechung des Achtstundentages erfolgreich sein könne. Doch steht unzweifelhaft fest, daß gerade in dem Augenblick, als dieser Kampf am allerunwiderstehlichsten war, ein so schwerer und allgemeiner finanzieller Zusammenbruch, der wirtschaftlichen und sonstigen Verhältnisse von vornherein zu einer Niederlage verurteilt war. Zur Lohnfrage übergehend verweist er auf die sich immer schwieriger gestaltenden Lohnverhandlungen mit den vielen Kontraktanten und Gruppen, die dauernd wechselten. Eine ungefähre Vorstellung der zu bewältigenden Aufgaben auf diesem Gebiet zeige sich schon darin, daß im letzten Jahr beispielsweise zum April 21 und zum Kartonnagetarif 26 Lohnabschlüsse sich notwendig machten. Beim Reichsarbeitsministerium fanden 29 Verhandlungen wochen Lohnstreitigkeiten statt in denen an 40 Tarif- bzw. Lohnnachträge erledigt wurden. Im weiteren geht er auf die Entwicklung zu den Goldlöhnen und insbesondere auf die Mängel des Affordtarifs näher ein und gibt Richtlinien zur Besserung und Abhilfe der immer stärker empfindbaren Mängel.

In der sehr lebhaften Aussprache, an der sich besonders die Vertreter der Großstädte beteiligten, wurde neben der Arbeitszeitverordnung, den ständigen Schiedsprüchen, die schlechten Löhne im allgemeinen und die der Arbeiterinnen und Affordarbeiter im besonderen einer sehr scharfen Kritik unterzogen. Vor allem wiesen die Leipziger Vertreter auf die große Erregung und den Unwillen hin, der sich seit langem deswegen bei der Kollegenschaft zeigte, während von der Kollegin Rzymian die schärfste Entlohnung der Arbeiterinnen bitter beklagt wurde. Von dem Stuttgarter Vertreter kam dann noch der Wunsch, der Entlohnung der Jugendlichen ein besonderes Augenmerk zuzuwenden. Die vorgebrachten Wünsche und Beschwerden wurden allseitig als berechtigt anerkannt und zugesagt, dieselben im Auge zu behalten und für bestmögliche Abhilfe zu sorgen. Allerdings mußte dabei auf, besonders bei der Beratung der Mängel des Affordtarifs, auf die tatsächliche Unarztigung der Kollegenschaft geachtet werden.

In später Abendstunde wird dann noch das Referat des Kollegen Leber zum 3. Punkt der Tagesordnung entgegengenommen. Die wichtigsten Angaben über die Kostenverhältnisse, Antrag des Verbandsvorstandes über die Wiedereinführung der Arbeitslosenunterstützung, sowie die der deswegen notwendigen geringen Beitragserhöhung lagen dem Beirat vorverleitet vor und wurden von dem Referenten weiter erläutert. Als Kuriosum und charakteristisches Merkmal für die Tragik der Finanzkatastrophe sei aus seinen Ausführungen noch erwähnt, daß die gesamten Einnahmen der Verbandskasse vom 3. Quartal, welche zirka 100 Milliarden Mark betragen, heute nicht soviel wert sind wie die 11 Kupferpfennige, die als Restbestand seit einigen Monaten im Geldschrank lagerten.

In der auch bei diesem Punkt sich zeigenden lebhaften Aussprache erkannte man allseitig die berechtigte Vorsicht und Beschränkung in weitergehenden Forderungen an. Zwar brachten einige Redner noch weitere Wünsche zum Ausdruck, doch wurden sie im Laufe der Diskussion zugunsten der Vorstandsvorlage zurückgegeben.

Nur eine wesentliche Aenderung wurde dazu vorgenommen, indem man die Wiedereinführung der Arbeitslosenunterstützung nicht schon am 1. Mai ab festlegte, wie dies die Vorstandsvorlage vorsah, sondern den Termin bis zum 1. Juli hinaussetzte, während die Beitragserhöhung am 1. April in Kraft tritt.

Der Beirat brach'e damit, wie auch wiederholt betont wurde, zum Ausdruck, daß in erster Linie die Stärkung der Verbandstafle notwendig sei, um das notwendige finanzielle Rückgrat zu haben und den weiteren Anforderungen gewachsen zu sein. Die endgültig angenommene Vorlage bringen wir unter den Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes zum Abdruck.

Da beim Beginn der Debat'e über die neue Beitrags- und Unterstützungsregelung der Gebante auf-tauchte, eine weitere kleine Beitragserhöhung vor-zunehmen, den man als Zeitungsbeitrag bestimme und dann das Obligatorium wieder einführe, d. h. die „Buchbinder-Zeitung“ wieder wie früher den Mit-gliedern unentgeltlich zu liefern, wurde die Zeitungs-frage gleich mit erledigt. Fast allgemein kam hierzu zum Ausdruck, daß das Zeitungsobligatorium das er-strebenswerteste Ziel sei. Mit Rücksicht auf die geringe Tragkraft der Verbandstafle sah man vorläufig von einem solchen Beschluß ab, kam jedoch den Mitgliedern und örtlichen Verwaltungen dadurch in weitestgehendem Maße entgegen, daß man einen Antrag Hauweilens einstimmig zum Beschluß erhob, das Abonnement für die „Buchbinder-Zeitung“ vom 1. Mai ab auf 10 Pf. monatlich herabzusetzen und die örtlichen Verwaltungen moralisch zu verpflichten für möglichst alle Mit-glieder die Zeitung zu bestellen.

Mit gespanntester Aufmerksamkeit wurde dann zum 4. Punkt der Tagesordnung das Referat des Kollegen Hauweilens über die Opposition im Ver-bande entgegengenommen. Seine temperamentvollen, oft von Leidenschaftlich erregt er Stimme vorgetragenen Ausführungen machten erschütternden Eindruck auf den Beirat. Mit großer Aufmerksamkeit und un-er-läuter Stille lauschten alle den zweieinhalbstündigen Ausführungen. In großen Zügen gab er zunächst einen geschichtlichen Rückblick auf die Entwicklung der Opposition in der Arbeiterbewegung. Er betonte, daß man diese früher in der geschlossenen Arbeiter-bewegung ganz anders bewerten müsse, als seit der Gründung der russischen 3. Internationale. Die letztere habe von Anfang an unsere Antikommunisten Interna-tionale als ihre größte Gegnerin betrachtet, sie ständig verdächtigt, verleumdete und mit den unfairsten Mitteln ver-luchst, die Arbeiterchaft von ihr ablenken zu machen. Ebenso wie in Rußland die Gewerkschaften unter dem Diktat der kommunistischen Partei stehen, will man auch unsere Gewerkschaften in deren Hörig-keit bringen. Die auf Grund der Mostauer Richt-linien in unseren Gewerkschaften gebildeten kommu-nistischen Zellen haben streng nach den Befehlen jener Diktatoren zu handeln. An der Hand zahl-reicher Zitate aus kommunistischen Schriften beweist Redner dies. Entsprechend diesen Weisungen hat man auch in unserem Verbands seit einigen Jahren, ebenso wie in anderen Verbänden, solche kommu-nistischen Zellen gebildet, von denen wir nun ge-mäß den Mostauer Parolen in der unerhörtesten Weise fortgesetzt beschimpft und verdächtigt werden und uns die gemeinsten und ehrenrührigsten Ver-dächtigungen ins Gesicht schleudern lassen mußten.

Wir sind parteipolitisch neutral und wollen es bleiben. Wir fragen niemanden unserer Mitglieder nach seiner politischen und religiösen Einstellung; uns sind kommunistische Mitglieder ebenso willkommen wie die einer anderen politischen Richtung. Wir verlangen aber von allen ohne Unterschied, daß sie unsere Sta-tuten wie die Beschlüsse der Verbandstafle und Kon-gresse unserer Instanzen achten und sich ihnen unter-ordnen. Unsere kommunistischen Mitglieder haben kein Recht, für sich eine Ausnahme hiervon zu ver-langen und zu erwarten, daß wir ihre zerstückende Tätigkeit stillschweigend dulden. An der Hand einer ganzen Reihe Beispiele zeigt Hauweilen, daß diese zer-stückende Tätigkeit sowohl bei den sozialistischen Par-teien wie bei den Gewerkschaften zur Spaltung und Zermürbung der Organisationen führte. Er verweist im weiteren darauf, daß auch in unserem Verbands diese kommunistische Miniarbeit seit Jahren so stark einsetzte, daß der Beirat sich bereits zweimal, und zwar 1920 und 1921, mit dieser Frage beschäftigen mußte. In beiden Tagungen entschied er sich nach reiflicher Aus-sprache dahin, daß der Vorstand nicht nur das Recht, sondern die Pflicht habe, diesem Treiben mit den schärfsten Mitteln entgegenzutreten. Zu dem Ver-halten der Berliner Opposition übergehend, betont Redner, daß die beiden Führer, Gabel und Gerny, bereits nach dem Augusteifert für ihr verbandsschä-digendes Verhalten während des Streiks in einer ge-meinsamen Sitzung mit dem Ausschuss eine scharfe Rüge erhielten. Die wenige Wochen danach, wäh-rend des Novemberstreiks, wiederholten schamlosen Angriffe, Verleumdungen und Ehrenränkungen muß-ten daher mit den schärfsten Mitteln geahndet werden. Das Nachsichtige, von den Ausschlossenen unter-zeichnete Flugblatt wurde von Hauweilens verlesen und machte schütternden Eindruck auf alle Zuhörer. An-schließend daran verlas Hauweilen weiter einen Aufruf in der „Roten Fahne“ des heutigen Tages, der sich in

ebenso schamlosen Angriffen gegen die Gewerkschaften ergeht und n. a. zur Einberufung eines wilden Ge-werkschaftskongresses Ende Mai aufruft, zu dessen Be-schließung insbesondere auch die Unorganisierten aufge-fordert werden. Die Neugründung einer eigenen Or-ganisation durch die Ausschlossenen und der Brief Koltrichs mit dem Verlangen, alles auf die Spitze zu treiben, um auch in Leipzig mit Ausschüssen vorzu-gehen und ihnen das ersehnte Agitationsmaterial zu geben, zeigen zur Genüge, wozu die Reize gebe.

In der anschließenden Diskussion wurde vom Kol-legen Zinke zunächst die rechtliche Seite der Berliner Ausschüsse näher erörtert und anerkannt, daß der Vor-stand nach den bisherigen Beschüssen hierbei im Recht war. Anders sei die Frage zu beantworten, ob es gut war, von diesem Recht kurzerhand Gebrauch zu machen, ohne vorher den Versuch zu einer Verständi-gung herbeizuführen. Er empfiehlt daher, auch jetzt noch einen solchen Versuch zu machen, trotz der sehr un-wahrscheinlichen Aussicht auf Erfolg.

Edhorn-Rundens erklärte, daß er nach den eingehenden und sachlichen Ausführungen Hauweilens ebenfalls die Ueberzeugung gewonnen habe, daß der Ausschluß gerechtfertigt sei. Auch der Brief Koltrichs werde manchem die Augen geöffnet haben. Trotz alledem halte er es für möglich, sich auf den Antrag Zinkes zu einigen, um auch das letzte Mittel nicht un-versucht zu lassen.

Starken Eindruck machten dann die Ausführun-gen Brückners, der durch einige markante Fälle aus seiner Praxis das gewissenlose und arbeiterschä-digende Treiben der Kommunisten schildert und dadurch das von Hauweilens gezeichnete Bild ergäntzt. Bezüg-lich des Antrags Zinke warnt er nachdrücklich vor Annahme desselben, da wir nur das Gegenteil des von Zinke gewünschten Erfolgs damit erreichen wür-den. Man dürfe den Berliner Fall nicht als etwas Selbständiges betrachten, sondern müsse die ganzen Nebenumstände dabei in Betracht ziehen.

Müller-Beipiza betonte, daß die Einigkeit der Arbeiterbewegung über alles gehen müsse. Man dürfe nicht vergessen, die tieferen Ursachen der allge-meinen Unzufriedenheit zu berücksichtigen, die der Opposition eine gewisse Berechtigung gebe. Insofern habe treffend in seinen Ausführungen zum Situa-tionsbericht bereits darauf hingewiesen. Die Aus-führungen Hauweilens über die Zerlegungsbestrebungen der kommunistischen Partei unterstreiche er, und wenn Gabel und Gerny andere Wege gehen mit ihren Sonderorganisationsbestrebungen, dann soll-n sie auch die Konsequenzen daraus ziehen. Die vom Verbandsvorstand erfolgten Ausschüsse sind daher zu Recht erfolgt.

Serzog-Berlin schildert ausführlich die Ber-liner Vorkommnisse, billigt in vollem Maße das Ver-halten des Verbandsvorstandes und stellt sich voll und ganz auf den Boden der vom Vorstand vorbereite-ten Resolution.

Döbeling-Stuttgart hält die Maßnahmen des Verbandsvorstandes ebenfalls für durchaus be-rechtigt. Gegenüber der Ansicht Müllers, daß man die Opposition am besten damit bekämpfe, wenn man sie zur praktischen Tätigkeit heranziehe, weist er dar-auf hin, daß sie ebenfalls früher derselben Auffassung waren, jedoch sehr schlechte Erfahrungen damit ge-macht hätten. Er führt eine Reihe typischer Beispiele aus seiner Zellselle dafür an und warnt nachdrück-lich davor, der gut gemeinten Anregung Zinkes Folge zu leisten, weil ein solcher Versuch ganz aus-sichtslos sei. Man wolle ja auf jener Seite keine Einigung, wenn man auch zum Schein immer noch derselben rufe. Der Brief Koltrichs sei ein weiterer deutlicher Beweis dafür.

Die Kollegin Krzymin wendet sich ebenfalls gegen die Anregungen Zinkes und bittet den Antrag-steller, im allgemeinen Interesse seinen Antrag zurück-zuziehen. Im weiteren wendet sie sich gegen die von der kommunistischen Seite verbreitete Äuße-rung, daß die in Berlin ausgeschlossenen Angestellten ihrer politi-schen Einstellung wegen zum Opfer gefallen sind. Niemand habe hieran gedacht. Lediglich das ver-bandschädigende Treiben und die unerhörten Ver-leumdungen und Beschuldigungen waren maßgebend hierfür.

Hierauf gibt Kollege Zinke folgende Erklärung ab: Durch den Brief des Kollegen Koltrich ist nach meiner Ansicht unter der W. Anzahl der Beiratsmit-glieder eine Stimmung entstanden, daß die zuerst bestandene Sympathie für einen Antrag geschwin-den ist und derselbe nunmehr der Ablehnung ver-fallen würde. Um keinen gewünschten Agitationsstoff unseren Gegnern zu liefern, ziehe ich daher meinen Antrag zurück.

Die folgende vom Vorstand vorgelegte Resolu-tion wurde hierauf einstimmig angenommen.

„Der Beirat billigt die vom Verbandsvor-stand getroffenen Maßnahmen gegen diejenigen Mitglieder, die sich glaubten nicht einfließen zu

müssen in die vom Verbandstag in Kassel aner-kannten Richtlinien, die vom Beirat festgelegt wur-den in seiner Tagung vom November 1920 und Mai 1921.

Er erwartet vom Verbandsvorstand, daß er auch weiterhin den sich zeigenden organisations-störenden Tendenzen mit allem Nachdruck ent-gegentritt.

Mitglieder, die trotz vorausgehender War-nung Handlungen jedweder Art begehen, die ge-eignet sind, die Organisation und ihre Einrichtungen zu zerstören oder zu schädigen, müssen entspre-chend den Bestimmungen des § 15 im Statut behandelt werden.

Mitglieder, die sich der ordnungsmäßigen Beitragsleistung entziehen, scheiden mit dem Augen-blick, in dem sie eine solche Willensäußerung zum Ausdruck bringen, von selbst aus dem Verbands aus. Solche Mitglieder, die andere Mitglieder da-von abhalten, ihre Beitragspflicht zu erfüllen, wer-ten verbandsschädigend und verfallen dem Aus-schluß.

Mitglieder des Verbandes dürfen nicht zugleich solchen gewerkschaftlichen Organisationen ange-hören oder für sie wirken, die dem IGB, dem ADB, und dem Verband der Buchbinder und Papierarbeiter Deutschlands feindlich gegenüber- stehen.“

Anschließend hieran bemerkte Hauweilen, daß bei den Bestimmungen über Schiedsgerichte Unklarheiten und Widersprüche vorlägen. Nach einigen dies-bezüglichen Erläuterungen stimmte der Beirat ohne Widerspruch der Definition zu, daß:

1. Vertreter der Parteien nur Personen sein können, die einer dem ADB, oder einer mit diesem paritätischen Spitzenorganisation als Mitglied an-gehören.
2. Wenn keine Verständigung über die Wahl des Vorsitzenden erfolgt, gilt das Schiedsgerichtsverfahren als gescheitert und bleibt dann nur noch der Ver-bandstag als Beschwerdestanzung.
3. Die Schiedsgerichtsbeisitzer sollen möglichst am Orte wohnen.
4. Die Anrufung des Schiedsgerichts oder Ver-bandstages muß innerhalb sechs Wochen nach dem Ausschluß oder der Schiedsgerichtsentscheidung er-folgen.
5. Tritt der Ausschlossene vorher einer gegne-rischen Organisation bei, so vermischt er damit das Recht zur Anrufung des Schiedsgerichts wie des Ver-bandstages.

Damit war die Tagesordnung erschöpft, und wurde die Tagung mit einigen anfeuernden Schlüs-sen der Kollegen Hauweilen und Herber um 1/8 Uhr geschlossen.

Das Buchgewerbe auf der Leipziger Messe.

Zu diesem Thema entnehmen wir der „Papier-Zeitung“ folgende auch interessierenden Mitteilungen: Die Leipziger Messe hat verschiedene Stadien durch-gemacht, sie ist von den einzelnen beteiligten Gruppen langsam zu ihrem jetzigen Umfang ausgebaut worden.

Das Buchgewerbe hat sich lange gegen eine Verhinderung ausgesprochen und lange nicht den Wert der Messe für das Buch und seine Ent-stehung erkannt. 1914 war in Leipzig die Welt-ausstellung für das Buch und alles, was zum Buch gehört und mit ihm verbunden ist. Diese Ausstellung, die Bugra, hatte den Wunsch, eine dauernde zu werden durch die Ausstellung auf der Messe. Darauf kam der Krieg, und durch den Krieg geriet dieses Projekt ins Hin-tertreffen. Aber sofort nach Beendigung des Krieges unter-nahm es der Deutsche Buchgewerbe-Verein in Leipzig, für das Buchgewerbe ein eigenes Mes-senhäus einzurichten. Das Haus in der Petersstraße 38 wurde im Jahre 1919 bezogen und in drei Geschossen belegt. Es beteiligten sich fernerzeit zuerst die Verleger und Fachgeschäfte für alle Materialien nebst Papier an dieser Buchmesse, auch Buchdrucker, Buchbinder und Stein-druckereien. Diese erste Buchmesse im Jahre 1919 war schon eine kleine gut geschlossene Ausstellung für das Buch und dessen Herstellung. Das vierte Obergeschloß des Bugra-Messhauses war mit der Restamessung belegt, die eigentlich nicht ganz zum Buch und seiner Herstellung gehört, aber doch in gewissem Sinne verwandt ist. In den folgenden Jahren gelangten die buchgewerblichen Firmen zu der Erkenntnis, daß die Messe die beste Me-ssung und ein guter Verkaufsort ist, besonders eine Ge-legenheit, um Beziehungen anzuknüpfen. So machte es sich 1921 nötig, das Bugra-Messhaus in der Petersstraße restlos für das Buchgewerbe zu benutzen und außerdem neue Räume zu suchen, denn auch die Schrifthalereien, Maschinen- und Farbentabriken usw. wollten ausstellen. Die Restamessung gab die Räume ab, außerdem wurde ein kleiner Teil des Buchgewerbehäuses zum Messhaus

ausgebaut, in dem die Maschinen- und Farbenfabriken einzelne Werkstände errichteten. Das Buchgewerbehaus ist somit in einigen Jahren ebenfalls ein Werkhaus geworden.

Die Frühjahrsmesse 1924 bringt im Buchgewerbehaus für das großpächige Gewerbe ein reiches Gebiet durch eine große Ausstellung der meisten Maschinen für das Buchgewerbe, verschiedener Materialien, Erzeugnisse der Anstalten für Walzenguss und anderem Bedarf und durch eine Ausstellung von Buchbindereimaschinen, Aufstoß-, Falz- und Heftmaschinen, die Neuerungen in den Tiegeldruckpressen und Ausstellungen in Buchdruck-Offsetbetrieben. Das Buchgewerbehaus in der Petersstraße ist daneben wie bisher der Ausstellungsort für die Verleger, Buchdrucker, Buchbinder und für die Fachgeschäfte mit Leichtmaterialien. Es ist zu erwarten, daß die Leipziger Messe auch für das Buchgewerbe immer mehr ein Sammelplatz aller Interessen bedeuten wird.

Berichte.

Dresden. In der am 29. Februar stattgefundenen Versammlung der graphischen Arbeiterschaft Dresdens referierte Gauvorbereiter Freitag (Buchdrucker) über „Achtundentag und Arbeitszeitverordnung“. Redner gab eingangs einen geschichtlichen Rückblick über die freie, moderne Arbeiterbewegung in ihrer Entwicklung, schilderte die Hemmnisse und Unterdrückungsversuche der damaligen Nachhader. Besonders erschwerend im Aufwärtstreben wirkte das Fehlen des Koalitionsrechts, das in Deutschland erst 1891, nach Aufhebung des Sozialistengesetzes, gesetzlich festgelegt wurde. Eng verbunden mit der Forderung nach kürzerer Arbeitszeit sei die Forderung nach Arbeiterschutz, dem Ausbau der Sozialgesetzgebung. An diesen Forderungen und deren Durchführung haben sich nicht nur Arbeiter, sondern auch intellektuelle Kreise des Bürgertums in allen an sich entwickelnden interessierten Staaten der Welt beteiligt. Vorkriegs- und gewerkschaftlich sei die Forderung des Achtundentages eines der schönsten Ideale der Arbeiterschaft schon Jahrzehnte vor dem Kriege gewesen, und trotz dieses hohen Zieles sei die Gewerkschaftsbewegung verhältnismäßig schwach gewesen. Die Masse der deutschen Arbeiterschaft habe ihren ureigensten Lebensnotwendigkeiten zu wenig Interesse entgegengebracht. Einzelne Gewerkschaften haben im Laufe der Jahrzehnte teils durch Verhandlungen und auch durch Kampf die Arbeitszeit wesentlich herabgesetzt. Der Krieg brachte die Revolution und diese den Achtundentag, kampflos fiel er den großen Massen der Industriellen in den Schoß. Unerfüllbare Forderungen und Versprechungen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet haben diese bis zur Revolution abwärts Strebenden in ihrer Einstellung verwirrt und enttäuscht, als sich zeigte, daß die Realpolitik recht behielten, und ein großer Teil Versprechungen nicht eingelöst werden konnten. Die Folge der Unreife im Denken und Handeln war die Zersplitterung in der politischen Arbeiterbewegung. Diese Zersplitterung verlor man von bestimmter politischer Seite auch in die Gewerkschaften zu tragen.

Das deutsche Unternehmertum hat in diesen Erscheinungen und in der furchtbaren Notlage der Arbeiterschaft gute Bundesgenossen. Deshalb gelang es ihr jetzt, den seit seiner Einführung bekämpften Achtundentag wieder zu verfestigen. Die Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag sollen aus den Arbeitermassen herausgeholt werden, während das Großkapital und die Industrie es verstanden haben, sich von Steuern und Abgaben zu drücken. Der Vortragende ging auf eine Reihe Abschlüsse ein, die zum Teil betriebs-, orts- und bezirksweise und ohne Wissen der Organisationen abgeschlossen worden sind und in Gegenden, wo man sich sonst nicht radikal genug gebärden konnte. Das Zustandekommen der Arbeitszeitverordnung und besonders deren Auswirkung stelle hohe Anforderungen an die Disziplin der Gewerkschaften. Gelte es jetzt, die schlimmsten Gefahren abzuwehren, so werde die Zeit bald kommen, wo wir den Kampf für die Wiedereroberung des Achtundentages aufnehmen müßten, dazu gehöre die einigte und festgestellte Gewerkschaftsbewegung.

Die Debatte brachte nichts Wesentliches. Dann wurde mit aller Schärfe gegen eine von der sächsischen Regierung erlassene Verfügung Stellung genommen, die bestimmt, daß ab 1. April 1924 Druckaufträge aus der Privatindustrie weggenommen werden, um diese in der Anstaltsdruckerei Waldheim von Buchhaus-Anfällen herstellen zu lassen. Bei der dauernd großen Arbeitslosigkeit im graphischen Gewerbe in der Nachkriegszeit ist diese Maßnahme um so unverständlicher, da bereits unter zwei anderen Regierungen Sachsens die Durchführung dieser Maßnahme deshalb unterlassen worden ist. Es ist festzuhalten, daß die Drucker in Buchhaus Waldheim trotz gegenteiliger Versicherungen wesentlich benachteiligt worden ist, daß ferner berufstrennende Anlässe angeleitet werden. Es wurde lebhaft betont, daß eine Regierung ohne Rücksicht auf die Berufsangehörigen überhaupt solche unsoziale Maßnahmen durchführt in einem Bundesstaat, wo die Arbeitslosigkeit am

stärksten ist. Die Berufsangehörigen, die in drei- bis vierjähriger Bezugszeit ihren Beruf erlernt haben, überläßt man der Not und dem Elend, und den Injuzen der Strafanstalten verschafft man Erleichterungen durch Facharbeit. Der Tragweite dieser Maßnahme war sich die sächsische Regierung sicher nicht bewußt. Eine Entschädigung wurde einstimmig angenommen, die diese Maßnahme scharf verurteilt und die Organisationsvertreter beauftragt, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um die Regierung von der Durchführung abzubringen. Verhandlungen waren bereits eingeleitet.

Der Vorsitzende Kollege Lehmann schloß die gut verlaufene Versammlung mit dem Wunsch, bei der nächsten Versammlung ebenso zahlreich zu erscheinen.

Hamburg. In der Generalversammlung unserer Zahlreiche schiederte Käster im Geschäftsbericht die furchtbare Lage, in der sich im verfloffenen Jahre das Buchbindergewerbe befand. Ueber 60 Proz. der Mitglieder waren arbeitslos oder arbeiteten vorzeitig, so daß das Elend in dem Kreise unserer Mitglieder ein furchtbares war. Lohnabschlüsse wurden durchweg nur auf 8 Tage abgeschlossen; sie waren nur nach harten Kämpfen mit den Vertretern der Unternehmer zu erlangen. Durch die erhöhte Arbeitslosigkeit wandten sich viele Mitglieder vom Berufe ab. Am Jahresschlusse 1922 hatten wir 3469 Mitglieder, am Jahresschlusse 1923 nur noch 2874, somit einen Verlust von 595 Mitgliedern. Die Klassenverhältnisse waren sehr in Mitleidenschaft gezogen, so daß am Jahresschlusse nur wertloses Papier übrig blieb. Im neuen Jahre jedoch haben sich die Verhältnisse wesentlich gebessert, so daß der Verband wieder kampftüchtig wird, wenn unsere Mitglieder ihre Beiträge pünktlich bezahlen und nicht dulden, daß Unorganisierte in ihren Reihen stehen. Da unser Raum die große Zahl unserer Arbeitslosen nicht mehr fassen konnte, so haben wir unseren Arbeitsnachweis an den öffentlichen Arbeitsnachweis abgetreten. Leider müssen wir feststellen, daß durch Umschau und Zeitungsinserate der Zweck des Arbeitsnachweises hinfällig wird. Es ist streng darauf zu achten, daß die Firmen ihre Arbeitskräfte durch den Arbeitsnachweis beziehen, und daß kein Kollege Umschau geht und daß unsere Mitglieder in den Betrieben sofort feststellen, ob Reuanretende durch den Arbeitsnachweis vermittelt worden sind. Die Diskussion war sehr ausgiebig.

Die sodann folgende Vorstandswahl ergab die Besetzung der Ortsverwaltung durch folgende Mitglieder: Die Kollegen Schweim und Krogmann sowie die Kollegen Finning, Hein, Kleinert, Bindle und Lange. Als Jugendleiter wurde Jürgens gewählt.

Hierauf sprach Käster über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, was eine lebhafte Aussprache auslöste. Die Versammlung konstatierte die völlig ungenügende Entlohnung der Arbeiterschaft im allgemeinen. Die Stabilisierung der Goldlöhne bedeute die Stabilisierung des Elends. Die Mitgliedschaft protestierte aufs heftigste gegen den Generalangriff der Unternehmer, die mit dem Daniederliegen der Wirtschaft sowie der Gewerkschaft

(infolge der Inflationswirtschaft) in brutaler Weise glauben, der Arbeiterschaft die Arbeitszeit verlängern und die Löhne niedrig halten zu können. Sie erwartete von den Unternehmern eine baldige Umstellung ihrer Forderungen und gelobte, sich die Rechte wieder zu erringen, die ihnen entziffen worden sind. Die Versammlung forderte die Gewerkschaftsmitglieder zu größter Einigkeit und Geschlossenheit auf.

Planen. Am 7. März fand hier eine Versammlung der Buchbinderbranche statt, die hauptsächlich von den Kollegen und Kolleginnen der drei am Ort vorhandenen Lohnbuchfabriken besucht war. Sie nahm vor allem Stellung zu dem mit dem „Apti“ verlängerten Lohnabkommen. Da die darin enthaltenen Lohnsätze noch sehr niedrig sind, ist es verständlich, wenn von den Kollegen allgemein eine Erhöhung erwartet wurde. Ist es doch mit den jetzigen Löhnen der Arbeiterschaft nicht möglich, sich aus der juchtbaren Notlage, in die sie die monatelange Kurzarbeit und die Selbstentwertung gebracht hat, wieder herauszuarbeiten. Deshalb muß beim nächsten Lohnabschluß darauf gebrungen werden, daß die Lohnsätze mindestens so erhöht werden, daß sie einem Vergleich mit den am Ort in anderen Industrien gezahlten Löhnen standhalten. Die Unzufriedenheit kam in folgender einstimmig angenommenen Entschädigung zum Ausdruck:

„Die heutige stark besuchte Versammlung der Buchbinderarbeiter und -arbeiterinnen nimmt Stellung zu dem mit dem „Apti“ verlängerten Lohnabkommen. Sie ist darüber bitter enttäuscht, da die im Vertrag festgelegten Lohnsätze nicht im geringsten an die heranzureichenden, die hier am Ort in anderen Industrien gezahlt werden. Dieser Mißstand hat bereits dazu geführt, daß eine ganze Anzahl Arbeiterinnen, die fünf und acht Jahre in der Branche tätig waren, in andere Industrien übergetreten sind. Die Versammlung erwartet, daß der Tarifschluß bei den nächsten Lohnverhandlungen darauf bringt, daß diese Sätze erhöht werden und daß er sich bei den nächsten Manteltarifverhandlungen mit aller Energie dafür einsetzt, daß Plänen in die 1. Orsklasse verlegt wird, da es ja auch im Beamtenbesoldungsgesetz zur 1. Orsklasse gehört. Die Anwesenden stellen sich einmütig hinter die Verbandsleitung und erklären, sich mit allen Mitteln für den weiteren Ausbau der Organisation einzusetzen.“

Weiter kam es dann noch zu einer Aussprache über die Veruche, die in den zwei größten Betrieben zwecks Erreichung einer Leistungszulage gemacht wurden. Während einer der größeren Betriebe der Kollegenchaft in dieser Frage in auerkenntnisvoller Weise entgegenkam, machte sich bei dem anderen ein bitteres Vorkelligwerden notwendig, um einige Zugeständnisse zu erreichen. Daraus wird die Kollegenchaft nur lernen und schließliche zu dem Bewußtsein kommen, daß sie nur durch die eigene Kraft mit Hilfe der Organisation ihre wirtschaftliche Lage verbessern kann.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Beiträge und Unterstützungen. In der Sitzung des Verbandsbeirats, die am 8. und 9. März in Berlin stattfand, ist eine Erhöhung der Beiträge und der Unterstützungen beschlossen, die vom 30. März bzw. vom 1. April ab in Kraft tritt. Die neuen Beitrags- und Unterstützungsätze sind an der Spitze dieser Zeitung zum Ausdruck gebracht.

Die Arbeitslosenunterstützung kommt vom 1. Juli ab wieder zur Auszahlung.

Die Unterstützungsätze werden später bekannt gemacht.

2. Pünktliche Beitragsleistung. Vom Beginn des 2. Quartals ab kommen infolge der dann eintretenden Beitragserhöhung neue Beitragsmarken zur Einführung, die den Gau- und Zahlstellenkassierern rechtzeitig zugelandet werden. An alle Mitglieder ergeht hiermit die dringende Mahnung, die Beiträge regelmäßig an die zuständigen Stellen abzuführen. Spätestens bis zum 29. März müssen alle Beiträge bis einschließlich 13. Woche entrichtet sein.

Die Vertrauensleute, Unter- und Werkstatkassierer erluchen wir, spätestens bis zum 31. März mit den alten Beitragsmarken abzurechnen und die neuen Marken in Empfang zu nehmen. Vom 1. April ab dürfen auch für etwa noch vorhandene Restwochen nur noch die neuen Marken zu den erhöhten Beitragsätzen an die Mitglieder abgegeben werden.

3. Der Abonnementspreis für die „Buchbinder-Zeitung“ ist mit Wirkung vom 1. Mai ab auf 10 Pf. für den Monat festgesetzt. Die Preisermäßigung schon vom 1. April ab in Kraft treten zu lassen, war infolge postaltlicher Vorschriften nicht möglich.

Wir bitten die Gau- und Ortsverwaltungen dringend, für möglichst zahlreiches Abonnement bemüht zu sein.

4. Die Lokalbeiträge sind in folgenden Orten neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt. Sie betragen für die Folge in

Table with 6 columns: Beitragsstätte, I, II, III, IV, V, VI. Rows include Frankfurt a. M., Freiburg i. B., Roda i. Thür., Rüstingen, Wilhelmshaven, Schwerin, Trossingen.

5. Ausgeschloffen auf Grund des § 15b des Statuts wurde wegen Streifbruchs der Gläubiger Max Schultze, geb. 5. August 1887 in Berlin, Buchnummer 69 589.

Adressenänderungen: B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer.

- Chemnitzgau. B.: M. Krüppel, Kirchbergstr. 151. K.: H. Mebel, Ziemstr. 6 II.
Düren. B.: J. Saran, Mühlstr. 8. K.: W. Kempen, Grünstr. 109.
Gruft. B.: E. Hink, Waldstr. 30. K.: G. Keller, Hühnerstr. 33.
Gmünd-Forch. B. u. K.: E. Langomer, Siedlungsheim, Kottbus. B.: F. Grieb, Wabberei Märkische Volkshütte.
K.: W. Lehmann, Burgstr. 39 III.
Trossingen. B. u. K.: Ch. Ziron, Verbandsbureau, Buchstr. 2.
Gau Nordost. B. u. K.: S. Demser, Berlin G. 2, Breite Str. 89 IV.

* Einschließlich Beitrag für „Buchbinder-Zeitung“.